Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2365

08. 12. 78

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 13. Dezember 1978
am Donnerstag, dem 14. Dezember 1978

Seite

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.: (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

1. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Hat sich seit der stärkeren Beteiligung des Bundes am Krebsforschungszentrum (DKFZ) dessen Aufgabenstellung geändert?

2. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Wie arbeitet das DKFZ mit Kliniken im Raum Heidelberg zusammen, und welche Rolle spielt das DKFZ in den Bemühungen um eine Verbesserung der Koordinierung von Krebsforschung und -bekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

3. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Welche finanziellen Mittel stehen insgesamt für Hilfen im Gesundheitswesen für die Dritte Welt von seiten der Bundesregierung zur Verfügung, und welche Erfahrungen sind auf diesem Gebiet, insbesondere bezüglich der Akzeptanz und des Nutzens, gemacht worden?

4. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit bei solchen Programmen mit der Weltgesundheitsorganisation und mit nichtstaatlichen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

5. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Welche allgemeinen politischen Gründe und von wem wurden als „dem Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung übergeordnet" geltend gemacht, damit die Alternativen zu den polnisch-deutschen Schulbuchempfehlungen nicht in der Beilage zum Parlament abgedruckt wurden, und kann die Bundesregierung versichern, daß dabei keine unzulässige äußere Einmischung in die freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland erfolgt?

6. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Bundeszentrale für politische Bildung zu veranlassen, die alternativen Empfehlungen von Professor Menzel zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in einer Weise zu publizieren, die sowohl dem bisherigen Diskussionsverlauf als auch der von der Bundeszentrale für politische Bildung anerkannten wissenschaftlichen Qualität des Beitrags gerecht wird?

7. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, die Alternativempfehlungen dreier Autoren zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen nach Fertigstellung der Druckfahnen zur Veröffentlichung nicht freizugeben?

8. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welche „unausbleiblichen innen- und außenpolitischen Konsequenzen" hatte die Bundesregierung bei ihrer durch die Bundeszentrale für politische Bildung ausgesprochenen Verweigerung der Veröffentlichung der Alternativempfehlungen zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in Erwägung zu ziehen?

9. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wurde seitens der „übergeordneten" Stelle, die die Veröffentlichung einer „Alternative" zu polnisch-deutschen Schulbuchempfehlungen durch die Bundeszentrale für politische Bildung unterband, nicht der Gleichheitssatz bei der Förderung wissenschaftlicher Arbeiten zum gleichen Problem – und zwar unter Hinweis, daß keine sachlichen und Qualitätsbedenken bestehen – in einer auch politisch strittigen Frage erheblich verletzt, um so mehr, als in der von der Bundeszentrale gestalteten Beilage zum „Parlament" das Fehlen von Alternativen dazu früher beklagt wurde?

10. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß einerseits in der von der Bundeszentrale für politische Bildung gestalteten Beilage des „Parlaments" (B 22/78) zwar Ausführungen des polnischen kommunistischen Soziologen Markiewicz gegen die vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Rechtslage Deutschlands und der Deutschen aufgenommen wurden, jetzt aber – aus dem Auftrag der Bundeszentrale „übergeordneten politischen Gründen" – Alternativempfehlungen deutscher Wissenschaftler zu deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, deren Qualität nicht beanstandet wird, nicht abgedruckt werden dürfen?

11. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Ermächtigung für die Strafverfolgung des Journalisten Hans-Georg Faust wegen eines Vergehens nach § 353c StGB zurückzunehmen, nachdem das Landgericht Bonn beschlossen hat, das Verfahren nicht zu eröffnen, da das Beweismaterial auf unzulässige Weise beschafft worden und deshalb nicht verwertbar ist?

12. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Auf welche wissenschaftlichen Untersuchungen stützt sich die Bundesregierung bei der Festlegung karzinogener Werte im Entwurf der TA Luft, und wodurch erklären sich die beträchtlichen Abweichungen gegenüber den Werten, die bei der „Berliner Anhörung" zur TA Luft genannt wurden?

13. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Konsequenzen will die Bundesregierung gemäß den öffentlichen Ankündigungen von Staatssekretär Dr. Hartkopf auf der Umweltschutztagung aus den Ergebnissen des Buchs von E.R. Koch/F. Vahrenholt „Seveso ist überall" für ihre umweltpolitische Arbeit ziehen?

14. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Was veranlaßte die Bundesregierung, sich in der Antwort auf eine Schriftliche Frage des Abgeordneten Hansen der Kritik daran anzuschließen, daß die im Verfassungschutzbericht 1977 gewählte Formulierung „oft bis zum Ekel und Haß gesteigerte" Ablehnung der bestehenden Ordnung, die „zersetzt" und „zerstört" werden solle, auch auf das „Sozialistische Büro" bezogen werden kann?

15. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Inwiefern rechtfertigen die maßgebliche Initiierung und Unterstützung des Russell-Tribunals, dem die Bundesregierung selbst „offenkundig angestrebte Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland" und „Verhöhnung unseres freiheitlichen Rechtsstaats" vorwarf, durch das Sozialistische Büro, die Erklärung „Das Arsenal der politischen Unterdrückung ist von den Herrschenden in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren geschärft und ausgebaut worden" in einem Spendenaufruf des Sozialistischen Büros, die These des Sozialistischen Büros „Die Gewalt wird jeder sozialistischen Politik durch den Zwang der Verhältnisse aufgezwungen", sowie zahlreiche weitere einschlägige Erklärungen und Aktionen die im Verfassungsschutzbericht 1977 gegebene Wertung nicht?

16. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, nach denen das Land Bayern auf seinen Formularen – z. B. dem Formular für Ermittlungsanfragen nach Ergebnissen beim Bundesverfassungsschutz – das Kürzel „BRD" für Bundesrepublik Deutschland verwendet, und will die Bundesregierung z. B. über die Innenministerkonferenz eine einheitliche amtliche Bezeichnung anregen?

17. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Vertritt die Ermittlungsstelle im disziplinarischen Vorermittlungsverfahren gegen den Vorsitzenden der Bürgerinitiative Umweltschutz, Schumacher, die Auffassung, ein Stromzahlungsboykott stehe mit der Treuepflicht eines Beamten gegenüber dem Staat in unauflösbarem Widerspruch. und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung, und in wieviel Fällen haben nach einschlägigen Erkenntnissen der Bundesregierung Bundesbeamte in der Vergangenheit gegen ihre Treuepflicht verstoßen, weil sie ihre Stromrechnung nicht, nicht vollständig oder verspätet bezahlt haben?

18. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung ausschließen, daß Kritiker der Freilassung der Terroristen und der Mordaktionen der jugoslawischen Geheimdienste und der Bundesrepublik Deutschland und in anderen westlichen Staaten ebenfalls Opfer solcher Mordaktionen oder anderer Verbrechen werden, und wie will die Bundesregierung den Schutz solcher Kritiker vor Anschlägen der jugoslawischen Nachrichtendienste sicherstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

19. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es notwendig ist, beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen im Bereich der Prüfdienste bei den Banken höchstbefähigtes und qualifiziertes Personal zu beschäftigen, um die notwendige qualitative Kontrolle nach dem Kreditwesengesetz auch dadurch sicherzustellen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

20. Abgeordneter **Kühbacher** (SPD)

Ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereit, diese Qualifikation insbesondere im gehobenen Dienst bei dem Bundesamt für Kreditwesen analog der Behandlung von Betriebsprüfern

bei Finanzämtern oder der Ausweisung von Beförderungsstellen bei dem Bundesamt für Finanzen zu handhaben, und hat sie für 1980 entsprechende haushaltsplanmäßige Konsequenzen vorgesehen?

21. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Hat inszwischen das beabsichtigte „Chefgespräch“ zwischen Bundesfinanzminister Matthöfer und Bundesernährungsminister Ertl zur Vorbereitung der Einbringung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Einkommensbesteuerung der Landwirtschaft stattgefunden, und wie lautet das Ergebnis, bzw. wann findet dieses Gespräch statt?

22. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der „Deutschland-Stiftung“, die für die Publikation „Deutschland-Magazin“ verantwortlich ist, steuerrechtlich die „Gemeinnützigkeit“ noch nicht aberkannt worden ist, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls darauf hinwirken, daß dies geschieht?

23. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkungen der am 1. Januar 1977 in Kraft getretenen Abgabenordnung im Steuerrecht für Amateursportvereine?

24. Abgeordneter **Meininghaus** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Grund der neuen Abgabenordnung für Amateursportvereine eine schärfere Überwachung der Steuerverpflichtung der Vereine durch die Finanzämter erfolgt, und daß sich daraus teilweise erhebliche Steuernachzahlungsverpflichtungen ergeben, die kleinere Vereine in unzumutbarer Weise belasten?

25. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß immer mehr Amateursportvereine in Existenznot geraten, weil sie nachträglich zu teilweise erheblichen Steuerzahlungen (z. B. Lohnsteuer für die Übungsleiterhonorierung) veranlagt werden, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Bundesländern, um durch eine entsprechende Sport- und Steuerpolitik das ehrenamtliche Element des Amateursports zu stärken und die Vereine dauerhaft von steuerlichen Abgaben zu befreien, wie dies u. a. durch die Reform der Abgabenordnung 1977 und der Körperschaftsteuer beabsichtigt war?

26. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Teilt die Bundesregierung den in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck, daß von einer personellen Unterbesetzung der Finanzbehörden nicht die Rede sein kann, wenn Finanzbeamte in einem unverhältnismäßig hohen Maß ihre Arbeitskraft für Steuerprüfungen bei ehrenamtlich geführten Amateursportvereinen verwenden?

27. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der österreichische und deutsche Zoll bei der Mehrwertsteuer für in Österreich gekaufte Ware nicht aufeinander abgestimmt ist, und kommt es vor (vgl. ACE November/Dezember 1978, Seite 100), daß für neue in Österreich gekaufte Ware am österreichischen Zoll 18 v. H. Mehrwertsteuer, die beim Einkauf gezahlt wurden, nicht rückerstattet werden und der deutsche Zoll noch einmal 12 v. H. Mehrwertsteuer erhebt?

28. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die geltende Vereinbarung mit dem österreichischen Zoll einzuhalten, damit die Bundesbürger nicht zweimal Mehrwertsteuer zahlen müssen?

29. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorhaben der Badischen Winzerzentralgenossenschaft in Breisach, Alkohol auf Tresterbasis zu erzeugen, und gibt es angesichts des Zuschußbedarfs von fast 300 Millionen DM/Jahr an die Monopolverwaltung zur Finanzierung der Verluste beim Verkauf von Alkohol die Möglichkeit, das Breisacher Vorhaben zu untersagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

30. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung voraussichtlich die Anerkennung der Ausbildungsberufe „Kaltwalzer und Bandstahlhärter" nach dem Berufsbildungsgesetz erteilen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß es in den letzten fünf Jahren nicht gelungen ist, diese Anerkennung auszusprechen, vor dem Hintergrund des Mängelberichts über das Bildungswesen?

31. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Allgemeinen Versorgungsbedingungen (AVB) für die Elektrizitätswirtschaft dahin gehend zu ändern, daß Gewerbebetriebe erst nach Beendigung ihres Stromlieferungsvertragsverhältnisses das Recht haben sollen, eigene Stromanlagen, z. B. mit Prozeßdampf zu betreiben?

32. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß die besorgniserregende Beschäftigungslage an den deutschen Werften ihre Ursachen nicht nur in der Weltwirtschaftsrezession und der Niedrigpreispolitik einiger asiatischer Länder hat, sondern vor allem auch durch die hohen Subventionen verursacht worden ist, die andere europäische Länder diesem Wirtschaftszweig gewähren, und was hat die Bundesregierung an konkreten Schritten unternommen, um diesen Subventionswettlauf zu verhindern?

33. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Ist auch nach Auffassung der Bundesregierung die 800 Millionen DM Anlage bei Grace & Co und die damit herbeigeführte Veränderung der Unternehmensstruktur des Flick-Konzerns volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig, wie auf einer Pressekonferenz am 30. November 1978 von Friedrich Karl Flick in Düsseldorf zum Ausdruck gebracht worden ist?

34. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Kann nach Auffassung der Bundesregierung das von Friedrich Karl Flick auf der gleichen Pressekonferenz hervorgehobene Umstrukturierungsziel der Flick-Gruppe im Fall der Beteiligung am Gerling-Konzern vor dem Hintergrund des von Flick bestätigten Steuerbegünstigungsantrags nach § 6 b des Einkommensteuergesetzes grundsätzlich einen „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdigen" Vorteil darstellen?

35. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundeswirtschaftsminister seine kürzlich auf dem Mainzer FDP-Parteitag geäußerte Auffassung, wonach sich die Deutsche Bundespost darauf konzentrieren solle, die öffentlichen Fernmeldenetze zu errichten und zu betreiben, aber aus ordnungspolitischen Gründen darauf verzichten müsse, als Anbieter von neuartigen Fernmeldegeräten tätig zu werden, revidiert hat, und welches sind zutreffendenfalls die Gründe dafür?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

36. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Verkauf von ausländischen Bieren zu verhindern, die Enzyme bzw. Rohfrucht im Bier enthalten, die nach dem deutschen Reinheitsgebot nicht zulässig sind bzw. gegen das Lebensmittelschutzgesetz verstoßen und wo diese beinhaltenden Zusätze nicht kenntlich gemacht worden sind?

37. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, welche schädliche Wirkung Papain zur Folge hat, da dies in deutschen Bieren verboten ist, nachweislich aber bei Importbieren verwendet wird, und was wurde bei positivem Befund gegen diese Verstöße unternommen?

38. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung seit den Fragestunden am 19. Oktober und 8. November 1978 ergriffen, um der deutschen Geflügelwirtschaft durch Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen in der Produktion von Eiern und Geflügel nachhaltig zu helfen, und ist die Bundesregierung bereit, falls es keine anderen Möglichkeiten gibt, ebenfalls nationale Beihilfen auf den Ankauf von Junghennen zu gewähren?

39. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß große Keksfabriken verbilligte EG-Butter beziehen und daß dies den mittelständischen Betrieben, wie den Bäkkereien, nicht möglich ist, und ist sie bereit, auf die EG-Behörden in Brüssel einzuwirken, diesem Zustand abzuhelfen?

40. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für richtig, verbilligte EG-Butter an Ostblockländer zu so niedrigen Preisen abzugeben, daß die EG-Kasse 200 Millionen DM Verlust hinnehmen muß, anstatt diese Butter zu vernünftigen kleinen Preisen auf den europäischen Markt zu bringen?

41. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Treffen Pressemitteilungen (VWD vom 6. Dezember 1978) zu, nach denen der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing geäußert haben soll, daß die Wiederherstellung eines einheitlichen EG-Agrarpreisniveaus und der damit verbundene Abbau des Agrarwährungsausgleichs Vorbedingung für den Beitritt zum und die aktive Beteiligung Frankreichs am neuen europäischen Währungssystem sei, und wenn ja, welche Folgerungen hat die Bundesregierung daraus gezogen?

42. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung der französischen Regierung, Regierungen anderer EG-Mitgliedstaaten oder der Kommission der EG irgendwelche – und seien es noch so vage – Zusagen über den Abbau des Agrarwährungsausgleichssystems und hier vor allem über den positiven deutschen Währungsausgleich gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

43. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Muß nicht der Eindruck entstehen, daß sich die Bundesregierung an der Diskriminierung der Arbeit der Hausfrau beteiligt, wenn in den sozialpolitischen Informationen des Bundesarbeitsministers Sätze wie, „Die Führung des ehelichen Haushalts allein rechtfertigt es nicht, die Arbeitsbereitschaft auf Dauer auf Teilzeitbeschäftigung zu beschränken." enthalten sind, und wenn ja, wie beabsichtigt die Bundesregierung diesem Eindruck entgegenzuwirken?

44. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt,wie hoch sich die Ausgaben aller Träger der gesetzlichen Krankenversicherung für die Krankenhausversorgung ihrer Versicherten im Jahr 1977 beliefen und wie hoch der Personalkostenanteil einschließlich aller sogenannter Personalnebenkosten ist?

45. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, um wieviel sich der Personalkostenanteil an den Gesamtausgaben für den Bereich Krankenhaus erhöhen würde, wenn für alle im Krankenhaus Beschäftigten die 35-Stunden-Woche durch Tarifvertrag vereinbart würde?

46. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Kennt die Bundesregierung sozialgerichtliche Entscheidungen wie das Urteil des Landessozialgerichts Düsseldorf vom 24. Mai 1978 zur Familienzusammenführung ausländischer Arbeitnehmer, wonach die Stichtagsregelung (Weisung des Bundesarbeitsministers, allen ausländischen Arbeitnehmern, die nach dem 30. November 1974 eingereist sind, die Arbeitserlaubnis zu versagen) mit dem Arbeitsförderungsgesetz (§ 19) nicht vereinbar ist, und wird die Bundesregierung die Stichtagsregelung deshalb aufheben?

47. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Trifft es zu, daß drei Wochen nach Beginn eines Streiks oder einer Aussperrung die streikenden oder ausgesperrten Arbeitnehmer keinen Krankenversicherungsschutz, insbesondere keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, keinen fortlaufenden Rentenanspruch, etwa in Form von Ausfallzeiten, aber auch keinen Arbeitslosenversicherungsschutz mehr haben?

48. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Hält die Bundesregierung die genannten Folgen, – insbesondere weil der Arbeitnehmer die Aussperrung nicht zu vertreten hat – für sozial gerechtfertigt, oder strebt sie eine Änderung der Rechtslage an?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

49. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesverteidigungsminister, Dr. von Bülow, auf meine Anfrage vom 19. April 1978 angekündigte Prüfung der Rechtslage, ob der gegenwärtige Rechtszustand, nach der der Arbeitgeber keinen Ersatzanspruch für die Lohnfortzahlung an seinen krank aus der Bundeswehr entlassenen Arbeitnehmer erhält, weiterhin vertretbar ist oder ob sie durch eine Novellierung der entsprechenden Gesetze abgeändert werden muß, inzwischen abgeschlossen?

50. Abgeordneter **Lampersbach** (CDU/CSU)

Sollte dies der Fall sein, zu welchem Ergebnis ist die Bundesregierung gekommen, und falls die Prüfung noch nicht abgeschlossen sein sollte, wann gedenkt die Bundesregierung, hier ein Ergebnis vorlegen zu können?

51. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Treffen Presseberichte zu, daß der als Träger für das System AWACS vorgesehene Flugzeugtyp auf Grund technischer Defekte in den Vereinigten Staaten mit Startverbot belegt worden ist, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bundesregierung in bezug auf die Einführung des Frühwarnsystems?

52. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Wann und auf welchem Wege hat die Bundesregierung gegebenenfalls erstmals von den Schwierigkeiten mit dem Trägerflugzeugtyp Kenntnis erhalten?

53. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie haben sich die Zahlen der anerkannten Kriegsdienstverweigerer im Verhältnis zu den Zahlen der Antragsteller in der letzten Zeit entwickelt, und inwieweit unterscheiden sich diese Verhältniszahlen in den einzelnen Bundesländern?

54. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die notwendigen Stellen für wehrpflichtige Sanitätsoffiziere nicht ausreichen und dadurch immer weniger Restanten zum Wehrdienst eingezogen werden können, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, damit Akademiker mit abgeschlossenem Medizinstudium den übrigen Wehrpflichtigen, die ihren Wehrdienst ableisten, gleichgestellt werden?

55. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Werden in den südlichen Bundesländern im Vergleich zum Bevölkerungsaufkommen und zu dem Anteil der berufsausübenden Ärzte im überdurchschnittlichen Maß die Ärzte zum Bundeswehrdienst herangezogen, und was sind gegebenenfalls die Gründe dafür?

56. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Hat Konteradmiral Hans-Hermann Vohs — wie in der Zeitung „Die Welt“ vom 25. November 1978 gemeldet — in der November-Ausgabe der Zeitschrift „Marineforum“ vor der „unzureichenden Fähigkeit der Allianz“ gewarnt, politisch und militärisch auf die wachsende Macht der Sowjetflotte zu reagieren, da „nach der Herstellung des nuklearen Patts“ die „östliche Supermacht“ sich anschicke, „den Westen auch maritim herauszufordern“, und wenn ja, teilt

die Bundesregierung diesen Standpunkt und ist sie entschlossen, gemeinsam mit den Natopartnern verstärkte Anstrengungen zur Aufrechterhaltung einer wirksamen Abschreckung zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

57. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Besitzt die Bundesregierung Erfahrungsberichte über die Komplikationsraten bei den in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführten legalen Schwangerschaftsabbrüchen?

58. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse über mehrmaligen legalen Schwangerschaftsabbruch bei der selben Frau innerhalb eines kurzen Zeitraums?

59. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Wie gewichtet die Bundesregierung das Für und Wider der Einführung eines „Zivildienstes" für Frauen analog zum Wehr- und Ersatzdienst für Männer?

60. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über die Anwendung des am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen Heimgesetzes, insbesondere in privat- gewerblichen Einrichtungen, vor, und wie beurteilt sie diese?

61. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)

Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Klimaforschung aus medizinischer Sicht und aus der Sicht der Arbeit der heilklimatischen Kurorte zu, und welche Erkenntnisse bestehen im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung über die Wirkungen von Klima auf den menschlichen Organismus?

62. Abgeordneter **Dr. Linde** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß in das mehrjährige Forschungsprogramm der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet der Klimatologie (Drucksache 8/2271) über die Interaktionen „Menschen – Klima" hinaus auch die Wirkung des Klimas auf den Menschen einbezogen wird, damit der Medizin allgemein und besonders der Klimatherapie gesichertere Erkenntnisse für die Arbeit zur Verfügung gestellt werden können?

63. Abgeordneter **Wittmann (Straubing)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesgesundheitsamts, daß ein potentielles Gesundheitsrisiko auf Grund des Vorkommens von Chloroform im Trinkwasser der gesamten Bundesrepublik Deutschland mit wünschenswerter Sicherheit nicht auszuschließen sei, und welche Folgerungen gedenkt sie aus dieser Feststellung zu ziehen?

64. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei Zerbrechen der sogenannten Glitzerlampen tödliche Vergiftungen möglich sind, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, den Verkauf dieser Lampen zu unterbinden?

65. Abgeordneter **Haase (Fürth)** (SPD)

Würde die Verwirklichung der Vorstellungen des Ausschusses für Berufe des Gesundheitswesens der Arbeitsgemeinschaft leitender Medizinalbeamter der Länder, die „Kurierfreiheit" im Bereich der Heilbehandlungsberufe herzustellen, nicht eine große Gefahr für Scharlatanerie mit sich bringen und damit zu einer Beeinträchtigung des Gesundheitswesens führen, und wenn ja, wird die Bundesregierung es ablehnen, diese Vorstellungen in einer gesetzgeberischen Initiative aufzugreifen?

66. Abgeordneter **Haase (Fürth)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, um die von den in letzter Zeit entstandenen Heilpraktikerfernschulen verursachte unzureichende Ausbildung von künftigen Heilpraktikern zu beseitigen, qualifizierte Zulassungsprüfungen einzuführen anstatt sich mit Prüfungen über Gesetzeskunde zu begnügen?

67. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit einer finanziellen Förderung durch den Bund, um dadurch die Errichtung von weiteren Sozialstationen zu beschleunigen, oder welche anderen Formen der Unterstützung könnte sich die Bundesregierung vorstellen?

68. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Trifft es zu, wie die Deutsche Forschungsgesellschaft in einem Bericht feststellt, daß die Zahl der krebserzeugenden Arbeitsstoffe steigt, so daß heute 38 dieser Stoffe, deren Einwirkungen eindeutig eine Krebsgefährdung bedeuten, in die MAK-Liste aufgenommen wurden, und wenn ja, welche arbeitsschutzrechtlichen Konsequenzen zieht daraus die Bundesregierung?

69. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Liegen der Bundesregierung darüber hinaus Berichte oder Erkenntnisse vor, die auf eine weitere Zunahme dieser Zahl an gesundheitsgefährdenden Arbeitsstoffen hindeuten?

70. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, nach dem Auslaufen der Tagesmüttermodelle Ende 1978 die gemachten Erfahrungen weiterhin nutzbringend zugunsten von Kindern berufstätiger Eltern oder alleinerziehender berufstätiger Mütter oder Väter anzuwenden?

71. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Aussage des Mitglieds des US-Abgeordnetenhauses, Glenn English, für realistisch, daß 30 bis 40 Prozent der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mitglieder der US-Streitkräfte regelmäßig Heroin zu sich nehmen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um insbesondere Jugendliche vor dieser Gefahr zu schützen?

72. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der US-Abgeordnete Glenn English deutschen Behörden Listen mit den Namen von 25 Drogenhändlern übergeben hat, die möglicherweise an der Versorgung der US-Truppen mit Rauschgift beteiligt sind, und wenn ja, werden gegen die genannten Drogenhändler bereits konkrete Ermittlungen geführt?

73. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Veranlassung, wegen des weiteren Geburtenrückgangs eine Bevölkerungsvorausschätzung auf neuester Datenbasis zu erstellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

74. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in dem Bemühen der belgischen und niederländischen Staatsbahnen, der Gemeinden und Industrie- und Handelskammern entlang der Eisenbahnstrecke Antwerpen – Mönchengladbach – Düsseldorf „Eiserner Rhein", diese Eisenbahnverbindung zu einer direkten Anbindung zwischen dem Seehafen Antwerpen, dem Niederrhein und dem Raum Düsseldorf/Ruhrgebiet zu machen, nicht eine zu unterstützende Initiative, deren Ziel auch darin besteht, die durch das überholte militärstrategische Denken bis 1945 bedingte verkehrspolitische Randlage und Isolierung des linken Niederrheins entsprechend der europäischen Realitäten auch auf diesem Gebiet zu beenden?

75. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß ein höheres Aufkommen von Zugpaaren vornehmlich für den Güterverkehr auf der Strecke Antwerpen – Mönchengladbach – Düsseldorf „Eiserner Rhein" in jedem Fall vorausgehende Investitionen für den Streckenbereich Dalheim – Rheydt bedingt, oder ist nicht eine Erhöhung dieses Aufkommens im nennenswerten Umfang (ca. 50 bis 60 Zugpaare) ohne zusätzliche Investitionen möglich?

76. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Inwieweit und mit welcher Tendenz ist die Bundesregierung mit dem Projekt „Eisener Rhein" befaßt?

77. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Kann die Bundesregierung darlegen, welche verkehrs-, regional- und strukturpolitischen Erwägungen dem Vorhaben „Eiserner Rhein" zugrundeliegen, und welche Konsequenzen der genannten Art sich aus seiner Verwirklichung ergeben würden?

78. Abgeordneter **Tönjes** (SPD)

Werden im Weihnachtsverkehr im Bereich der Bundesbahndirektion Frankfurt Bundeswehrsoldaten und im Bereich der Bundesbahndirektion Nürnberg Strafgefangene als Aushilfskräfte beschäftigt?

79. Abgeordneter **Tönjes** (SPD)

Wenn ja, wie verträgt sich diese Tatsache mit der Behauptung des Vorstands der Deutschen Bundesbahn, daß z. Z. ein Personalüberhang von 20 000 Eisenbahnern besteht?

80. Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)

Sieht die Bundesregierung auf dem Gesetz- oder Verordnungsweg Möglichkeiten, ein nur für Lastkraftwagen geltendes Parkverbot in reinen Wohngebieten zu erlassen, um die Anwohner vor den nicht unerheblichen Gefahren und Belästigungen des fließenden und ruhenden Schwerkraftverkehrs zu schützen?

81. Abgeordneter **Dr. Stark (Nürtingen** (CDU/CSU

Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit des Baus der geplanten Autobahnstrecke A 81 zwischen Leonberg und Gärtringen?

82. Abgeordnete **Frau Traupe** (SPD)

Welche Gründe haben nach Abschluß von Modellversuchen im Bereich Neuordnung der bautechnischen Dienststellen des Außendienstes der Deutschen Bundesbahn dafür gesprochen, im Regelfall die Konzentration aller Bahnmeistereien eines Betriebsamtsbezirks auf eine Großbahnmeisterei anzustreben?

83. Abgeordnete **Frau Traupe** (SPD)

In welchen Betriebsamtsbezirken werden mehr als eine (Groß-) Bahnmeisterei geschaffen, und aus welchen Gründen wird dort vom Prinzip abgewichen?

84. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen hat die Geschiebezugabe bei der Rheinstaustufe Iffezheim bisher geführt, und welche Schlüsse lassen sich daraus hinsichtlich der Erosion sowie des Baus einer weiteren Rheinstaustufe bei Au/Neuburgweier ziehen?

85. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Deutsche Bundespost, in allen kleineren ländlichen Orten Poststellen zu schließen, und falls ja, wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß auch im dünnbesiedelten ländlichen Raum künftig eine reibungslose Bedienung der Postkunden möglich ist?

86. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Sieht auch die Bundesregierung es als einen Angriff auf die Grundrechte der Koalitionsfreiheit und der geheimen und freien Wahl im Geschäftsbereich der Deutschen Bundespost an, falls Informationen zutreffen, wonach die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) im DGB ihre ehrenamtlichen Helfer aufgefordert hat, dafür zu sorgen, daß die Kandidatenliste der DPG für die Personalratswahl im Frühjahr 1979 möglichst von allen wahlberechtigten Bediensteten unterzeichnet werden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um einen derartigen Angriff zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

87. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Antragsformulare für Zuschüsse nach dem Heizenergiespargesetz von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sind, und wie weit sind die Verhandlungen und Gespräche über eine einheitliche Gestaltung der Formulare gediehen?

88. Abgeordneter **Krockert** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob alle Bundesländer die Förderungsvoraussetzungen für Zuschüsse nach dem Heizenergiespargesetz nach gleichen Kriterien prüfen?

89. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Liegen dem Bundesbauministerium aus der Demonstrativmaßnahme Stadthaus schon Förderungsanträge für Demonstrativmittel vor, und wenn ja, welche Erkenntnisse lassen sich aus diesen gewinnen bezüglich der Höhe der Kosten dieser Häuser und der Höhe der notwendigen öffentlichen Subventionen, um diese Häuser breiten Schichten zur Verfügung stellen zu können?

90. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Glaubt der Bundesbauminister, daß angesichts der Kosten eines „Stadthauses" mit diesem ein Projekt verfolgt und demonstriert wird, das über Einzelfälle hinaus jemals eine Breitenwirkung wird bekommen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

91. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie hat sich der Umfang des Personenverkehrs auf den Straßen nach Berlin (Transitverkehr von und nach Berlin) im Jahr 1978 entwickelt, und wie verhält sich dieser Umfang zu dem des Jahrs 1977?

92. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen hat die Verkehrsentwicklung auf die Höhe der nach dem Protokoll über die Festlegung der Pauschalsumme gemäß Artikel 18 des Abkommens vom 17. Dezember 1971 zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) zu zahlenden Transitpauschale gehabt, und welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung für die Jahre 1978/79?

93. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die in den Verkehrsvereinbarungen vom 19. Dezember 1975 festgelegte Verbindung zwischen Transitpauschale und Verkehrsaufkommen und die entsprechend vereinbarte Abrechnungsmodalität aufgegeben, und wenn ja, welche Gründe führten die Bundesregierung dazu?

94. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien bemißt sich jetzt und künftig die Höhe der Transitpauschale, nachdem dieser Zusammenhang aufgegeben wurde?

95. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Privatpersonenkraftwagen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland beim sogenannten grenzüberschreitenden Verkehr durch die Organe der DDR meist in schikanöser, häufiger sogar in unwürdiger Weise kontrolliert werden, und wenn ja, ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, sich dafür einzusetzen, daß derartige Kontrollen, soweit überhaupt notwendig, nach den Normen internationaler Gepflogenheiten erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

96. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Wird das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung den Vorschlägen des Bundesrechnungshofs folgen, die Koordinierungsmängel zwischen dem elektronischen Informationssystem und dem herkömmlichen Pressearchiv abzustellen?

97. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das elektronische Informationssystem auf Grund des Berichts des Bundesrechnungshof aufgelöst wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

98. Abgeordneter **Dr. von Geldern** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die in der Zeitschrift „Zeitlupe" Nr. 8/1978 der Bundeszentrale für politische Bildung vertretene Auffassung, daß zwar in vielen Teilen Asiens und Afrikas, in fast ganz Lateinamerika sowie in Mexiko „schwere Menschenrechtsverletzungen" festzustellen seien, im gesamten Ostblock, einschließlich Sowjetunion, Kuba, China und der DDR jedoch nur „Menschenrechtsverletzungen", die auf einer Weltkarte als weniger gravierend gekennzeichnet sind?

99. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Ist damit zu rechnen, daß das Aufnahmeverfahren für die 500 politischen Gefangenen aus Argentinien genauso unbürokratisch gehandhabt wird, wie bei den vietnamesischen Flüchtlingen, nachdem die argentinischen Militärs nun deutschen Botschaftsangehörigen die Möglichkeit zum Besuch der Gefangenen eingeräumt haben, und somit der Gewährung von Visa durch die Bundesregierung nichts mehr im Wege steht?

100. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Bis wann soll die Aufnahmeaktion für die 500 politischen Gefangenen aus Argentinien abgeschlossen sein, und ist mit der Ankunft der ersten Argentinier noch in diesem Jahr zu rechnen?

101. Abgeordneter **Schäfer (Mainz)** (FDP)

Stehen nach Kenntnis der Bundesregierung die Ausweisung eines weiteren katholischen Priesters durch den südafrikanischen Generaladministrator in Namibia so wie auch frühere Ausweisungen von Missionaren verschiedener Kirchen in Zusammenhang mit deren Erfahrungen über Folterungen, Tötungen und Einschüchterungen von Anhängern der SWAPO durch südafrikanisches Militär und die Polizei?

102. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Verletzung der Religonsfreiheit und über Unterdrückungsmaßnahmen insbesondere gegen Geistliche der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei, und was hat die Bundesregierung im Rahmen der Vereinten Nationen oder der KSZE gegen diese Menschenrechtsverletzung unternommen?

103. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Mit welchen konkreten Maßnahmen außer der mehrtägigen Zurückberufung des deutschen Botschafters aus Jugoslawien und der wiederholten Erklärungen der Enttäuschung über die Freilassung der vier deutschen Terroristen durch das Tito-Regime wird die Bundesregierung auf diese schwere Brüskierung der Bundesrepublik Deutschland durch die jugoslawische Regierung reagieren?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Koblitz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele deutsche Staatsbürger sich in der Türkei in Haft befinden?

2. Abgeordneter **Koblitz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele deutsche Staatsbürger von den türkischen Behörden nach Verurteilung bzw. Ableistung eines Teils der Strafhaft in die Heimat entlassen worden sind?

3. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

In welcher Weise hat die Bundesregierung des 30. Jahrestags der Allgemeinen Menschenrechtserklärung am 10. Dezember 1948 gedacht, und ist sie der Auffassung, daß die Proklamierung des 10. Dezember 1978 zum Tag der Menschenrechte durch den Präsidenten Carter vorbildlich ist?

4. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Welche Kriterien veranlassen die Bundesregierung, Wahlen in Namibia für „null und nichtig" zu erklären, und gelten diese Kriterien auch z. B. für Wahlen in kommunistisch regierten Ostblockstaaten?

5. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

In welchen europäischen Ländern wird die Reifeprüfung der reformierten Oberstufe der Länder der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkannt, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, die dadurch bedingte Benachteiligung für Studienmöglichkeiten deutscher Studenten zu beseitigen?

6. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, nach denen die niederländische Regierung darauf drängt, aus Sicherheitsgründen beim Transport von Flüssigerdgas die Ems von See her bis Eemshaven für jeden anderen Verkehr zu sperren, und wenn ja, ist der Bundesregierung bewußt, daß eine solche Sperrung u. a. eine erhebliche Verschlechterung des Personenverkehrs von Emden nach Borkum und damit eine Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs auf dieser Insel zur Folge haben würde?

7. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, diese Gefahr für die Insel abzuwenden?

8. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Hat es statt der formalen Anträge Sondierungen für die in der Frage B 14 (Drucksache 8/2315) angeführten Kriegsschiffsaufträge gegeben?

9. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist der Zuschuß des Bundes für das deutsche Krankenhaus in Istanbul, und wie hat sich dieser Zuschuß in den vergangenen Jahren summenmäßig entwickelt?

10. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Anzahl und die Herkunft der Flüchtlinge aus den Ländern Südostasiens bekannt, und ist sie gegebenenfalls bereit, diese Zahlen mitzuteilen?

11. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Schätzungen der südostasiatischen Aufnahmeländer bekannt, welche Flüchtlinge erwartet werden, und kann sie die Grundlagen für diese Schätzungen nennen?

12. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Kann die Bundesregierung Gründe mitteilen, warum ein Teil der südostasiatischen Länder wie Thailand, Malaysia und Singapur nicht mehr bereit und in der Lage sind, weitere Flüchtlinge aufzunehmen?

13. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Hat die Bundesregierung mit anderen südostasiatischen Ländern, z. B. Indonesien und den Philippinen, Kontakte aufgenommen, um dort weitere Flüchtlinge eventuell mit finanzieller Hilfe der Bundesrepublik Deutschland unterzubringen?

14. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Welche Informationen besitzt die Bundesregierung hinsichtlich der Verfolgung der Zeugen Jehovas in anderen Ländern, vor allem in Argentinien, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf die Freiheit der Religionsausübung in diesen Ländern hinzuwirken?

15. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, um im eigenen Rahmen und im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der ASEAN-Region sowohl bilateral als auch multilateral auszubauen?

16. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Was sollten nach Auffassung der Bundesregierung Ziele und Inhalt des angestrebten Kooperationsabkommens mit den ASEAN-Staaten sein?

17. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Vorschläge die Europäischen Gemeinschaften dem COMECON zu dem vor allem von der Sowjetunion gewünschten Handelsabkommen bei den jüngsten Gesprächen zwischen Vizepräsident Haferkamp und dem RGW-Sekretär Fadejew unterbreitet hat?

18. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung weiterhin der Auffassung, daß die Anerkennung der Europäischen Gemeinschaften durch die COMECON-Staaten eine der wesentlichen Voraussetzungen für geregelte Handelsbeziehungen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

19. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, eine Gesetzesinitiative betr. die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Namensänderung bei Geschlechtsumwandlungen) zu ergreifen?

20. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Veranlassung, im Hinblick auf die jüngst bekannt gewordene Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (I BvR 16/72) dieses Gesetzgebungsvorhaben mit besonderer Beschleunigung zu betreiben?

21. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Ansicht, daß sie meine klar gestellte Frage B. 20 der Drucksache 8/2315 nur mit allgemeingehaltenen Erklärungen und Rechtfertigungsversuchen beantwortet hat, obwohl die Frage als Antwort nur die Angabe einer Besoldungsgruppe verlangt und zuläßt, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls nunmehr bereit und in der Lage, meine Frage wie verlangt zu beantworten?

22. Abgeordneter **Müller (Bayreuth)** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Erklärung der Weltorganisation für Meteorologie „über die Veränderung der Ozonschicht durch menschliche Einwirkung", nach der das in Spraydosen und in Kühlanlagen verwendete Treibgas eine Abnahme der atmosphärischen Ozonschicht um 5 v. H. innerhalb von 20 Jahren mit dem Absinken der Temperatur in der oberen Stratosphäre um 10 Grad bewirkt?

23. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

In welcher Form, mit welchem finanziellen und personellen Aufwand und mit welchen Zielsetzungen beabsichtigt der Bundesinnenminister die „Schaffung einer Institution", die die „Sportförderungsmaßnahmen der zahlreichen Einrichtungen besser koordinieren kann", wie dies der Bundesinnenminister vor dem Kuratorium der Stiftung Deutsche Sporthilfe vorschlug (Sid-Meldung vom 15. November 1978)?

24. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Hat es bereits Erörterungen mit den Bundesländern und den Sportorganisationen zu diesem Vorhaben gegeben?

25. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß beispielsweise eine wirkungsvolle Konzentration der Sportförderungszuständigkeiten innerhalb der Bundesregierung (z. B. in einem Ressort Jugend, Sport und Gesundheit) vorteilhafter ist als die Schaffung neuer Institutionen, wie dies in der Vergangenheit schon die CDU/CSU-geführte Bundesregierung mit dem Plan einer „Bundeszentrale für Sport" erfolglos versucht hat?

26. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie viele Angehörige des öffentlichen Dienstes des Bundes und der Länder seit 1970 bei Terroranschlägen oder als Opfer von Auseinandersetzungen bei Demonstrationen ihr Leben verloren haben, so schwer verletzt worden sind, daß sie aus dem Dienst des Bundes oder der Länder ausscheiden mußten oder in ihrer Dienstfähigkeit dauernd beeinträchtigt wurden, und wie hoch sind die in diesen Zusammenhängen erbrachten Versicherungsleistungen des Bundes für die Opfer von Terror und Gewalttaten?

27. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die in der Neufassung der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes" – AuslVwV – (Gemeinsames Ministerialblatt 1977, Seite 202) enthaltenen asylrechtlichen Mißbrauchsbestimmungen einer ausreichenden Ermächtigungsgrundlage entbehren und aus rechtsstaatlichen Gründen im Ausländergesetz selbst geregelt werden sollten, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, auf Grund des rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgebots eine abschließende Re-

gelung der in Nummer 6 Satz 4 zu § 38 AuslVwV beispielhaft aufgeführten Mißbrauchsfälle anzustreben?

28. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung Erfahrungen bei asylrechtlichen Verfahren bekannt, die es nahelegen, den durch das Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens vom 25. Juli 1978 neugefaßten § 34 Abs. 1 des Ausländergesetzes dahin gehend zu ändern, daß eine Berufung auch bei offensichtlich unzulässigen Klagen ausgeschlossen ist, und sieht sie ferner das Erfordernis, die bestehende Möglichkeit einer Entscheidung durch Vorbescheid nach § 84 der Verwaltungsgerichtsordnung auszuschließen sowie durch eine Änderung des neugefaßten § 34 Abs. 2 des Ausländergesetzes klarzustellen, daß – im Unterschied zum geltenden Rechtszustand – aus Verfassungsgründen eine Entscheidung durch Gerichtsbescheid auch dann ausgeschlossen ist, wenn die Berufung nicht wegen offensichtlicher Unbegründetheit der Klage verwehrt ist?

29. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Genehmigungsabteilung der US-Nuclear Regulatory Commission, wonach eine regelmäßige Leibesvisitation von Kernkraftwerkspersonal notwendig sei (Nucleonics Week, Bd. 19 Nr. 19), und will sie dies für die Bundesrepublik Deutschland einführen?

30. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Ist die „Generalunion Afghanischer Studenten", die im Zusammenhang mit den gewalttätigen Demonstrationen der CISNU in Frankfurt von einer „Provokation der Polizei" und von „westdeutschem Imperialismus" sprach, nach Auffassung der Bundesregierung eine Organisation mit verfassungsfeindlichen Zielsetzungen, und wenn ja, wird die Bundesregierung gegebenenfalls rechtliche Schritte gegenüber dieser Organisation unternehmen?

31. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, aus den jüngsten terroristischen Gewalttaten an Zollbeamten die Konsequenz abzuleiten, ihren Dienst an der Grenze als grenzpolizeiliche Aufgabe zu bewerten und daraus auch die besoldungsrechtlichen Folgerungen zu ziehen?

32. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob in einzelnen Bundesministerien Weisungen bestehen, wonach bestimmte Bevölkerungs- oder Altersgruppen in der Bearbeitung ihrer Eingaben unterschiedlich behandelt werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

33. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung einerseits mit erheblichem Werbeaufwand auch Arbeitnehmer dazu auffordert, in stärkerem Maß öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, die Finanzämter andererseits aber verstärkt überprüfen, ob Arbeitnehmer ihren Personenkraftwagen mit öffentlichen Verkehrsmitteln kombiniert verwenden (park and ride) und die Kilometerpauschale bei ihrer Einkommenbesteuerung in Abzug bringen, beziehungsweise hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt, wie die Kilometerpauschale verkehrsträgerneutral und ohne haushaltsmäßige Mehrbelastungen ausgestaltet werden kann?

34. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die Wertgrenze von 1/5 des eigenbetrieblich genutzten Teils eines Grundstücks, die vor 17 Jahren mit 20 000 DM festgelegt wurde, den für die Bewertung von Grundstücken geltenden Grundsätzen anzupassen und entsprechend anzuheben?
35. Abgeordneter **Gansel** (SPD)	Kann der Höchstbetrag für Kinderbetreuungskosten für die Absetzung von Reitstunden genutzt werden, und wenn ja, kann die Bundesregierung andere derartige Beispiele für die Inanspruchnahme des Kinderbetreuungsfreibetrags nennen?
36. Abgeordneter **Gerstein** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dafür zu sorgen, daß das Urteil des Bundesfinanzhofs vom 18. Juli 1978 (Az. VIII R 94/77), das eine Abschreibungsmöglichkeit für Ferien- und Wochenendhäuser nach § 7 b EStG verneinte, nicht auf die Steuerzahler angewandt wird, die vor Erlaß dieses Urteils auf Grund der Abschreibungsmöglichkeit nach § 7 b EStG ein Wochenend- oder Ferienhaus nach Maßgabe des Abschnitts 54 EStR, der ausdrücklich besagt, daß auch Ferienhäuser und Ferienwohnungen in Betracht kommen können, wenn ihre Nutzung als Dauerwohnrecht nicht aus bautechnischen oder baurechtlichen Gründen ausgeschlossen sind, erworben oder gebaut haben?
37. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Welche Mengen von Äthylalkohol wurden seit 1964 aus oder über die DDR in die Bundesrepublik Deutschland illegal eingeführt?
38. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Auf welche Art und Weise wurden die 10590 hl, von denen die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 4. Oktober 1978 berichtet, aus oder über die DDR illegal in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust, und treffen die Gerüchte zu, denenzufolge öffentliche Bedienstete der DDR oder gar der Bundesrepublik Deutschland mitgeholfen haben sollen, und wenn ja, wie stellen sich die Vorgänge der Bundesregierung dar?
39. Abgeordneter **Dr. Biedenkopf** (CDU/CSU)	Wie bewertet die Bundesregierung den Tatbestand, daß im Jahr 1979 ein Lediger mit einem Bruttomonatseinkommen von 4 000 DM bei durchgehender Beschäftigung ein geringeres Nettojahreseinkommen erzielt als sein Kollege mit gleichem Bruttogehalt, der drei Monate arbeitslos ist und für diese Zeit nicht nur Arbeitslosengeld bezieht, sondern außerdem erhebliche Steuerrückzahlungen über den Steuerjahresausgleich erwarten kann?
40. Abgeordneter **Dr. Biedenkopf** (CDU/CSU)	Wie bewertet die Bundesregierung den Tatbestand, daß 1979 zeitlich begrenzte Arbeitslosigkeit auch bei unteren bis mittleren Verdiensten zu einer Steigerung des verfügbaren Jahreseinkommens führen kann, weil insbesondere in Fällen der Kumulation mehrerer, bei Arbeitslosigkeit erhöhter einkommensabhängiger Leistungen und Vergünstigungen (Wohngeld, Ausbildungsförderungshilfen, vermögenswirksame Vergünstigungen), deren Erhöhung zusammen mit Steuerrückzahlungen ein höheres Gesamtvolumen erreichen können als die Differenz zwischen Nettoarbeitseinkommen und Arbeitslosengeldanspruch?

41. Abgeordneter **Dr. Biedenkopf** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung mit den Grundsätzen der Solidarität und Subsidiarität vereinbar, daß Arbeitnehmer, die das ganze Jahr arbeiten, schlechter gestellt sind als Kollegen mit gleich hohem monatlichen Arbeitseinkommen, die während eines Kalenderjahrs einige Monate arbeitslos sind, und daß sich bei Bruttoarbeitseinkommen bis zu 3 000 DM noch stärkere Benachteiligungen gegenüber solchen Arbeitnehmern ergeben können, die mehrere Monate Krankengeld in Höhe des Nettoarbeitseinkommens zuzüglich erhöhte sonstige Sozialleistungen und Steuerrückzahlungen erwarten können?

42. Abgeordneter **Dr. Biedenkopf** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die sich ergebenden Einkommensbenachteiligungen gerade solcher Arbeitnehmer abzubauen, die durch besondere Leistungen und daraus resultierende Steuer- und Beitragszahlungen in besonderem Maß zur Finanzierung der Ansprüche der Empfänger sozialer Leistungen beitragen, gegebenenfalls über welche Maßnahmen und von wann ab?

43. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Welche steuerlichen Belastungen einschließlich der Besteuerung des Betriebsstoffs lasten auf Fahrzeugen im öffentlichen Nahverkehr mit den Antriebsarten Elektro, Flüssiggas, Wasserstoff?

44. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Wie lauten die entsprechenden Zahlen für Methan oder Erdgas, Methanol oder Methanol/Benzin?

45. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Sind die angeführten Antriebsarten gegenüber Benzin oder Dieselantrieben als steuerlich benachteiligt oder bevorzugt anzusehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

46. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Hat die Bundesrepublik Deutschland 1977 12,7 v. H., das sind ca. 26 Millionen DM, ihrer Quote, die ihr aus dem Regionalfonds der EG zustand, nicht in Anspruch genommen, und wenn ja, aus welchen Gründen?

47. Abgeordneter **Dr. Hoffacker** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Firmen, Firmengruppen oder Niederlassungen aus der Deutschen Demokratischen Republik mit einer Beteiligung der volkseigenen Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland existieren?

48. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den gegenwärtigen Stand und die weitere Entwicklung der Energiepolitik der Europäischen Gemeinschaft zur Erreichung jener von der Kommission aufgestellten energiepolitischen Ziele der EG bis zum Jahr 1985 insgesamt und darüber hinaus speziell in den einzelnen Energiebereichen?

49. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wird nicht auch nach Auffassung der Bundesregierung zunehmend der Zwang deutlich, die nationalen Energiepolitiken der Mitgliedstaaten wesentlich besser mit der gemeinschaftlichen Energiepolitik abzustimmen, und welche konkreten Gespräche hat es inzwischen in diesem Zusammenhang mit den Regierungen der übrigen Länder der Gemeinschaft gegeben?

50. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten gibt es nach Meinung der Bundesregierung, diese Zusammenarbeit und Abstimmung auf dem Sektor der europäischen Energiepolitik institutionell entscheidend zu verbessern?
51. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die kurzfristig entspannte energiepolitische Situation in Europa die langfristigen Versorgungsprobleme lediglich verdeckt, und welche konkreten Maßnahmen und Aktionen schlägt die Bundesregierung den Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten vor, um die europäische Öffentlichkeit auf diese Tatsachen nachdrücklich aufmerksam zu machen?
52. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, in welchem Umfang die einzelnen Bereiche der deutschen Wirtschaft durch Unternehmensberatungsverträge erfaßt werden, die wegen des Vorliegens bestimmter Voraussetzungen mit öffentlichen Geldern des Bundes subventioniert werden?
53. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)	Sind die Förderungsvoraussetzungen in Form der vom Berater abzuliefernden Kenndaten geeignet, Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung der Beratung zu nehmen?
54. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung für den Fall, daß die aus den subventionierten Beratungsverträgen gewonnenen Kenndaten zentral gesammelt und EDV mäßig aufgearbeitet werden sollten, Auskunft darüber geben, welcher Personenkreis unter welchen Voraussetzungen und zu welchem Zweck Zugriff darauf hat?
55. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Welche Ergebnisse über die Verteilung von Löhnen und Gewinnen seit 1975 liegen der Bundesregierung vor, und welche verteilungs- und konjunkturpolitischen Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen, daß 1977 von den Gewinnen nur ca. 5 Milliarden DM reinvestiert, ca. 137 Milliarden DM dagegen entnommen wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

56. Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Wie beurteilt der Bundesernährungsminister das niederländische Investitionsfördergesetz (WIR) in seinen wettbewerbsverzerrenden Auswirkungen auf deutsche Erzeuger, und welche Schritte hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang inzwischen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft unternommen?
57. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften täglich durch Umsetzung von Nahrungsmitteln aus Tierprodukten in Viehfutter entstehenden Kosten sind, und ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß es sich hierbei um eine Verschleuderung von wertvollen Nahrungsmitteln und von Steuergeldern handelt?

58. Abgeordneter **Stockleben** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die aus der EG-Produktion stammenden überschüssigen Nahrungsmittel, z. B. mit Geldern von „Brot für die Welt", den Völkern der Dritten Welt zuzuführen, damit dort herrschende Hungersnöte gelindert werden können?

59. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu unternehmen, daß die bäuerliche Geflügelwirtschaft nicht durch Billigimporte aus Holland, die durch erhebliche produktionsfördernde Maßnahmen der holländischen Regierung und anderer Organisationen hervorgerufen werden, in eine ruinöse Lage getrieben wird?

60. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, der Geflügelwirtschaft nicht nur kurzfristig durch Zuschüsse, Steuerstundungen, verstärkte Werbung durch die CMA und durch verstärkten Einsatz des Wirtschaftskontrolldienstes zu helfen, sondern sie durch langfristige Maßnahmen wie Herabsetzung der Zuschläge zum Einheitswert, Änderung des Vieheinheitenschlüssels, der EG-Eiermarktordnung, Einbeziehung von landwirtschaftlichen Geflügelbetrieben in das einzelbetriebliche Förderprogramm und Abbau von Bauerschwernissen im landwirtschaftlichen Bereich zu sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

61. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Versuche, das Arbeitskampfrecht in unterschiedlicher Weise für die beiden Tarifvertragsparteien und von Land zu Land verschieden zu regeln, für das Gedeihen der sozialen Marktwirtschaft, und was hält die Bundesregierung an einheitlicher Regelung unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse sowie an einheitlicher Regelung hinsichtlich der Arbeitskampfmittel beider Tarifvertragspartner unter dem Gesichtspunkt der Waffengleichheit für unabdingbar?

62. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um ihre in der Antwort auf meine schriftliche Anfrage vom 10. März 1978 (Stenographischer Bericht der 79. Sitzung, Seite 6283) dargelegte Meinung aufrechtzuerhalten, daß das Beitragseinzugsverfahren für die Mitglieder von Ersatzkassen einer Neuregelung bedarf?

63. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dieses Problem im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Einzug eines Krankenversicherungsbeitrags für Rentner zu lösen?

64. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Rentenversicherungsträger über die Auswirkungen des Versorgungsausgleichs auf bereits laufende Renten nach § 1304 a Abs. 4 RVO auf die Ausgleichsberechtigten und Ausgleichsverpflichteten berichten, nachdem es laut Mitteilung des VDR zu einer unterschiedlichen Rechtsauslegung über die vom Bundestag verabschiedete Ehereformreform über Min-

derungs- und Erhöhungsbeträge bei bereits eingetretenen Versicherungsfällen gekommen war, und wie sehen die entsprechenden Regelungen in der RVO und in der Beamtenversorgung aus?

65. Abgeordneter **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie sehen die entsprechenden Regelungen über den Versorgungsausgleich auf die zum Ausgleich Berechtigten und die zum Ausgleich Verpflichteten beim Versicherungsfall Erwerbsunfähigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Beamtenversorgung aus, und liegen auch in diesem Fall Meinungsverschiedenheiten in der Rechtsauslegung vor?

66. Abgeordneter **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung über die Regelungen des Versorgungsausgleichs bei Rentnern und Pensionären in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Beamtenversorgung mit ihren unterschiedlichen Wirkungen auf ausgleichsverpflichtete und ausgleichsberechtigte Ehegatten nach § 1587 b Abs. 1 und 2 BGB und nach § 57 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes berichten, nachdem auch über diese Regelungen vielfach Unkenntnis besteht?

67. Abgeordneter **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Besitzstandsregelung ist im Versorgungsausgleich für den ausgleichsverpflichteten Rentner für den Fall getroffen, daß der Ausgleichsberechtigte die Voraussetzungen für einen Versicherungsfall noch nicht erfüllt, und welche Konsequenzen ergeben sich hieraus auf das Unfallrecht?

68. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Unter welchen konkreten Arbeitsbedingungen hält es die Bundesregierung für möglich, daß von der Bundesanstalt für Arbeit z. B. für den Raum Darmstadt die derzeit fehlenden ca. 500 Saisonarbeiter für Sonderkulturen in der Landwirtschaft, z. B. Spargelbaubetriebe, vermittelt werden, und kann die Bundesregierung Beispiele von Vermittlungserfolgen unter diesen Bedingungen aufzeigen?

69. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen ist der Aufenthalt in einem Pflegeheim im Anschluß an einen Klinikaufenthalt aus der Krankenversicherung ausgenommen?

70. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Ist die mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz einhergehende Stillegung kleiner, zum Teil modern ausgebauter Krankenhäuser mit den Planungen für die Errichtung von Hilfskrankenhäusern für den Verteidigungsfall abgestimmt?

71. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Welche Schritte sind gegebenenfalls beabsichtigt, um die von einer Stillegung betroffenen Krankenhäuser als Hilfskrankenhäuser für den Verteidigungsfall vorzusehen und den Trägern dieser Krankenhäuser für die Erhaltung aus Mitteln, die sonst für die Schaffung zusätzlicher Krankenbetten für Hilfskrankenhäuser vorgesehen sind, Zuschüsse zu gewähren?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

72. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur intensiveren Nutzung des Bundeswehrstützpunkts in Beja, indem das derzeit geringe Luftwaffentrainingsprogramm im portugiesischen Luftraum auch durch Tiefflugübungen im gesamtiberischen Luftraum verstärkt wird?

73. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, mit solchen Programmen auf der iberischen Halbinsel einerseits zu einer Entzerrung im mitteleuropäischen Luftraum zu kommen, andererseits dafür als eine Form des Ausgleichs verstärkte Wirtschaftshilfe zu leisten, die den EG-Beitritt beider iberischer Staaten erleichtern kann?

74. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, was die Gründe sind, daß trotz Anfrage bei den verschiedensten Stellen der Bundeswehr und ihrer Verwaltung bis heute noch keine Entscheidung getroffen wurde, daß die Stadt Waldshut-Tiengen, Ortsteil Tiengen, bis heute nicht die Berechtigung bekommt, auf dem Grundstück 1379 des Lageplans ca. 54 qm für die öffentliche Inanspruchnahme (Bushaltestelle) zu bekommen?

75. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung damit überein, daß gerade, wenn öffentliche Belange zur Diskussion stehen, es doch möglich sein müßte, daß solche Entscheidungen viel schneller getroffen werden?

76. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob durch das Bundeswehrbeschaffungsamt zum Jahresende Beschaffungsverträge in Millionenhöhe nur zum Zwecke des Mittelabflusses abgeschlossen worden sind?

77. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls der Auffassung, daß dieses Verfahren sparsamer Haushaltsführung entspricht und der Verantwortung gegenüber dem Bürger als Steuerzahler gerecht wird?

78. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Welche Beschaffungsverträge dieser Art sind gegebenenfalls bis zum 31. Dezember 1978 abgeschlossen worden, und um welchen Gesamtbetrag bei diesen Verträgen handelt es sich?

79. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Hält auch der Bundesverteidigungsminister die Forderung der Luftwaffe für notwendig, daß die volle Einsatzbereitschaft dieser Teilzeitkraft auch ohne Unterstützung durch die zivile Industrie sichergestellt werden muß, und wenn ja, in welchem Umfang werden die luftwaffeneigenen Werften der Waffensysteme MRCA/Tornado und Alpha Jet für die Depotinstandsetzung hergerichtet?

80. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Wie bewertet der Bundesverteidigungsminister die zunehmenden Klagen der Wehrpflichtigen (wie erst kürzlich auf der Info-Tagung für Vertrauensleute in Köln-Longerich geschehen) über ihre Schwierigkeiten (heimatferne Einberufungen, zeitliche Belastung u. ä.), und wie wird Abhilfe geschaffen?

81. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bundesverteidigungsminister die Planung für die Ersatzübergangsstelle der Bundeswehr am Main bei Randersacker (Lkr. Würzburg) wegen neuer verteidigungstechnischer Erkenntnisse der NATO endgültig aufgegeben hat, und ist man bereit, den im Bereich der Gemarkung des Stadtteils Karlburg der Stadt Karlstadt sowie die weiteren geplanten Ersatzübergangsstellen am Main im Regierungsbezirk Unterfranken ebenfalls aufzugeben?

82. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Was veranlaßt die Bundesregierung – falls die Aufgabe in Karlburg und der weiteren Planungen am Main im Regierungsbezirk Unterfranken nicht vorgesehen ist –, unterschiedliche Kriterien zu Grunde zu legen?

83. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Pressemeldungen zu, nach denen die DDR in verschiedenen chemisch-pharmazeutischen Fabriken chemische Kampfstoffe, darunter Nervengase, entwickelt und herstellt, und wie beurteilt die Bundesregierung bejahendenfalls diesen Vorgang im Rahmen der Bemühungen um militärische Entspannung in Europa?

84. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, von den sich aus den berechtigten Klagen von Bürgern aus den Randgemeinden des Truppenübungsplatzes Grafenwöhr über die durch Schieß- und Detonationslärm entstandenen Schäden an Gebäuden durch eine angemessene Entschädigung (z. B. steuerfreie Rücklagen, Mittel für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen) Rechnung zu tragen?

85. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, sich nach der Entscheidung der Verteidigungsminister der NATO-Länder zugunsten der Einführung des fliegenden Frühwarnsystems AWACS dafür einzusetzen, daß im Fall der gegebenenfalls noch zu bestimmenden Standorte in der Bundesrepublik Deutschland der Flugplatz Upjever (Kreis Friesland) wegen der dort beabsichtigten Auflösung der Waffenschule 10 in die Standortüberlegungen einbezogen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

86. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, aus welchen Gründen allein im Jahr 1977 in der Bundesrepublik Deutschland 507 Schüler Selbstmord begangen haben?

87. Abgeordneter **Hofmann (Kronach)** (SPD)

Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung – im Einvernehmen mit den Länderregierungen –, diese Selbstmorde zu verhindern bzw. deren hohe Zahl zu mindern?

88. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, daß – wie in einem Informationsblatt der „Aktion Lebensrecht für Alle Augsburg e. V." behauptet wird – 30 bis 35 v. H. aller Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, mit einem gesundheitlichen Dauerschaden rechnen müssen, auch wenn der Eingriff von einem Arzt in einer Klinik unter den besten medizinischen Voraussetzungen durchgeführt wird?

89. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Zahlen vor, wie groß die Gefährdung etwa durch Perforation, starke Blutungen bzw. Folgen der örtlichen Betäubung während des medizinischen Eingriffs zu bemessen ist?

90. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Zahlen hinsichtlich der in diesem Flugblatt aufgeführten Folgeschäden, wie Entzündung der Gebärmutter und der Eileiter, irreparabler Verschluß der Eileiter, Vernarbung der Eileiter und deswegen Neigung zu Bauchhöhlenschwangerschaften usw.?

91. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Ist die Aussage zutreffend, daß die Bundesrepublik Deutschland nach Ansicht von Fachleuten ein Entwicklungsland sei, was die Hilfe für die 6000 autistisch behinderten Kinder betrifft, wie auf der Bundestagung des Verbands „Hilfe für das autistische Kind", die vor kurzem in Frankfurt stattfand, festgestellt wurde, und was kann gegebenenfalls nach Meinung der Bundesregierung getan werden, damit diese autistisch behinderten Kinder angemessen ausgebildet werden können, um ihnen die ihnen mögliche Lebenschance zu gewährleisten (vgl. Artikel „Zuwenig Hilfe für autistische Kinder" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 265, Seite 31, vom 29. November 1978)?

92. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Welche eigenen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, die die vom amerikanischen Kongreßabgeordneten Glenn English öffentlich geäußerte Überzeugung bestätigen, daß als Gründe für den Drogenkonsum in den deutschen Kasernen der US-Armee „die Beschränkung der Freizeitmöglichkeiten durch die Dollarentwertung sowie Sprachbarrieren und eine allgemeine Diskriminierung der Amerikaner in Deutschland entscheidend" seien, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

93. Abgeordneter **Männing** (SPD)

Hält es die Bundesregierung für notwendig, Maßnahmen vorzusehen, um über einen Ausgleich der Dollarentwertung den Rauschgiftkonsum der amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland einzudämmen bzw. abzustellen?

94. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Erklärung des amerikanischen Abgeordneten Glenn English nach einem Deutschlandaufenthalt für zutreffend, 30 bis 40 v. H. der amerikanischen Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland nähmen regelmäßig Heroin und 80 bis 90 v. H. regelmäßig Haschisch, weil sie in der Bundesrepublik Deutschland sozial isoliert seien (Frankfurter Neue Presse vom 4. Dezember 1978), und welche Anstrengungen will die Bundesregierung unternehmen, um amerikanische Soldaten stärker in das gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren?

95. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, wonach Antibiotikarückstandsuntersuchungen bei Fleisch ab 1. Januar 1979 je Probe 70 DM kosten, obwohl bei Einführung dieser Methode das Bundesgesundheitsministerium Kosten je Probe von ca. 2 DM ankündigte, und falls ja, hält die Bundesregierung diese Preissteigerung für gerechtfertigt?

96. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Wieviel Untersuchungen auf Antibiotikarückstände sind vorgeschrieben, und ist der Bundesregierung bekannt, welche Kosten daraus der beteiligten Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr entstehen?

97. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Sind der Bundesregierung die kritischen Stellungnahmen der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie, der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie und der Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächstherapie zum Entwurf eines Psychotherapeutengesetzes des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit bekannt, und inwieweit wird sie die darin geäußerten Bedenken berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

98. Abgeordneter **Dr. Reimers** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die für den Herbst 1978 zugesagte Entscheidung über die Zukunft des Bahnbetriebswerks Hamburg-Altona getroffen, und wenn ja, wie lautet sie, und wenn nein, wann ist mit der Entscheidung zu rechnen?

99. Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen für eine zwingende Einführung eines sogenannten Kurzzeitfahrtenschreibers in allen Personenwagen, und welche Gründe sprechen für bzw. gegen eine obligatorische Ausrüstung mit Kurzzeitfahrtenschreibern in Personenkraftwagen?

100. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Welche neuen Schwierigkeiten haben sich bei der Verabschiedung einer Richtlinie zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften für die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen innerhalb der Europäischen Gemeinschaften ergeben?

101. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften dafür einzutreten, daß noch vor der im Juni 1979 geplanten Direktwahl des Europäischen Parlaments die Einführung eines gemeinschaftlichen Führerscheins für die EG-Staaten erfolgt?

102. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Sind der Bundesregierung die Schwierigkeiten bekannt, die – zum Beispiel nach Berichten in der französischen Zeitschrift „Le Point" vom 7. August 1978 – im ostfranzösischen Luftraum dadurch auftreten, daß keine ausreichende Radarüberdeckung vorhanden ist, und ist die Bundesregierung bereit, mit der französischen Regierung darüber zu verhandeln, die vorhandene doppelte Radarüberdekkung dieses Gebiets durch die Eurocontrol-Zentrale Karlsruhe zu nutzen, da somit die „latent gefährliche Lage" (Le Point) im internationalen Luftverkehr umgehend beseitigt werden könnte?

103. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Bau der Ortsumgehung von Gau-Algesheim im Zug der B 41 besonders zu fördern und deshalb in das Programm des Bundes zur Schaffung neuer Ortsumgehungen unter 10 Millionen DM Kosten aufzunehmen?

104. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Ist das Bundesverkehrsministerium bereit, zur Entlastung der lärmgeplagten Anlieger des Flughafens Stuttgart im Nachtluftpostdienst geräuschärmere Flugzeuge einzusetzen, andernfalls die Gründe mitzuteilen, die dem entgegenstehen?

105. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Bedeutet die Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar auf meine Anfrage in Drucksache 8/2339 Teil B Nr. 82, daß die Mitglieder des Deutschen Bundestages nicht nur zu keinen weiteren Erörterungen über Streckenstillegungspläne der Bundesregierung eingeladen werden, sondern daß sie auch nicht über die Vorschläge der Deutschen Bundesbahn zur Stillegung des Personenverkehrs auf in ihren Wahlkreisen gelegenen Strecken einschließlich der Begründung informiert werden, ehe der Bundesverkehrsminister die endgültige Entscheidung trifft?

106. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Bundesregierung aus der Haltung der EG-Kommission, die bei der Genehmigung der Ausnahmetarife der Deutschen Bundesbahn für die Montanindustrie des Saarlands festgestellt hat, daß sie nicht in der Lage sei, die Notwendigkeit des Baus des Saarkanals zu akzeptieren?

107. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf den Autobahnen in der Bundesrepublik Deutschland oft die Überholfahrspuren, bei dreispurigen Autobahnen die beiden linken Fahrspuren, von vielen Autofahrern benutzt werden und dagegen die rechten Fahrspuren fast nur von Lastkraftwagen befahren werden und so ein zügiges Vorankommen nicht gewährleistet ist, und wenn ja, mit welchen Mitteln außer den wenigen vorhandenen Hinweisschildern „rechtsfahren!" will die Bundesregierung diesen Zustand ändern?

108. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Plant die Bundesregierung – wenn ja, zu welchem Zeitpunkt – die Einstellung des Personenverkehrs auf den Strecken Fallersleben – Braunschweig, Uelzen – Braunschweig, Helmstedt – Braunschweig, Derneburg – Salzgitter – Seesen?

109. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Sind bei einer geplanten Einstellung des Personenverkehrs – gegebenenfalls in welcher Weise – deren Auswirkungen wie erhöhte Behinderung und Unfallgefahren auf der Straße, längere Fahrzeiten im Bus sowie Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung im Zonenrandgebiet berücksichtigt worden?

110. Abgeordneter **Dr. Kraske** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung im Rahmen ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Grundsätze für angemessen, wenn die Deutsche Bundesbahn Grundstücksteilflächen in Wesel-Obrighoven für 45 bis 50 DM/qm – also für einen Preis, der in vergleichbaren Lagen für Bauland, höchstens aber für hochwertiges Bauerwartungsland gefordert wird – zum Verkauf anbietet, obwohl die angebotenen Flurstücke im Außenbereich liegen und deshalb bei strenger Auslegung des Bundesbaugesetzes für eine Bebauung nicht in Betracht kommen?

111. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Gedenkt die Bundesregierung, in Zukunft den Haushalt aus Gebührenüberschüssen der Deutschen Bundespost mit auszugleichen, oder ist sie bereit, über das vorgesehene Maß hinaus, Gebührenüberschüsse zu verringern, indem sie stärkere Gebührenentlastungen vorsieht, bzw. vorgesehene Gebührenerhöhungen, wie z. B. im Briefdienst, nicht realisiert?

112. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einen Teil des erwirtschafteten Gewinns der Deutschen Bundespost denen wieder zukommen zu lassen, die ihn erwirtschaftet haben, nämlich den Bediensteten, indem sie z. B. humanere Arbeitsplätze schafft oder ein neues Investitionsprogramm „Post" zur Verbesserung ihrer Anlagen aufstellt?

113. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung Kritik aus der Deutschen Postgewerkschaft, wonach der Versuch, über die Briefträger einen „sozialen Auftragsdienst" anzubieten, bereits gescheitert sei, und welche Konsequenzen zieht sie gegebenenfalls daraus?

114. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundespost als Dienstleistungsunternehmen ihren Kunden nicht zusichern kann, daß Telegramme am Sonntag, obwohl als dringende Telegramme mit doppelter Gebühr aufgegeben – insbesondere in ländlichen Gebieten –, dem Empfänger ohne Telefonanschluß tatsächlich übermittelt werden, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diesen Zustand?

115. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, z. B. im Geschäftsbereich des Bundespostministers die Bemühungen für die Verwendung von umweltfreundlicher Energie dadurch zu unterstützen, daß sie in Form einer eindeutigen Verfügung, ähnlich wie das bayerische Staatsministerium des Innern in der Bekanntgabe der obersten Baubehörde die Mittelbehörden anweist, dann umweltfreundliche Energie in Form von Gas oder Fernwärme zu verwenden, wenn diese auf Grund einer Wirtschaftlichkeitsrechnung nur 20 v. H. oder weniger die Kosten für Öl- oder Kohlefeuerung übersteigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

116. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in Bundesdarlehenswohnungen in Westmittelfranken infolge fehlender Meßgeräte eine verbrauchsorientierte Abrechnung von Heizungs- und Warmwasserkosten nicht stattfindet, was im Gegensatz zu allen Aufforderungen der Bundesregierung zum sparsamen Energieverbrauch eine nicht verbrauchsorientierte Abrechnung zur Energieverschwendung geradezu herausfordert?

117. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die einer verbrauchsorientierten Abrechnung der Heizungs- und Warmwasserkosten möglicherweise entgegenstehende Bestimmung des § 23 Abs. 3 der Neubaumietenverordnung in der Fassung vom 21. Februar 1975 dahin gehend zu ändern, daß die Möglichkeit einer verbrauchsorientierten Abrechnung auch für den Fall zulässig ist, wenn der Betrieb der zentralen Warmwasserversorgungsanlage mit dem Betrieb der zentralen Heizungsanlage verbunden ist und die Kosten des Betriebs dieser Anlage einheitlich entstehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

118. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Behörden der DDR seit einiger Zeit verstärkt dazu übergegangen sind, bei Personen, die ihren ständigen Aufenthalt aus Mitteldeutschland in das Bundesgebiet einschl. Berlin-West verlegen wollen, die Erteilung der Ausreisegenehmigung von einem vorherigen unentgeltlichen Verzicht auf den zurückbleibenden Grundbesitz abhängig zu machen?

119. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung ein solches Vorgehen, und hält sie es mit dem Grundlagenvertrag vereinbar?

120. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Aussichten hat die DDR-Regierung bei den Verhandlungen von Staatssekretär Gaus hinsichtlich der Nutzung des Übergangs Staaken für den Verkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet über den Zeitpunkt der Fertigstellung des geplanten Übergangs bei Heiligensee hinaus gemacht?

121. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Muß aus der Unvollständigkeit, mit der meine Frage (Drucksache 8/2315 A Nr. 4) beantwortet worden ist, möglicherweise der Schluß gezogen werden, daß hier das Rezept, wie es der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Moersch, in seinen Erinnerungen an die Bonner Jahre („Das Parlament" vom 2. Dezember 1978) dargestellt hat, angewendet wurde, nämlich „auf die Hauptfrage zuerst nur eine Teilantwort" zu geben, damit „der Fragesteller schon die erste seiner zwei Zusatzfragen verbrauche", oder welche Gründe waren sonst maßgebend, den ersten Teil meiner Frage nach der angeblichen Verärgerung des Bundeskanzlers über den Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Franke, wegen dessen Äußerungen zur Fluchthilfe überhaupt zu beantworten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

122. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Trifft die Aussage von Bundesminister Dr. Hauff zu (siehe Pinneberger Tageblatt vom 30. Oktober 1978), daß im Prioritätenkatalog der energiepolitischen Forschungsförderung des Bundes an erster Stelle nicht nukleare Bereiche wie Sonnenenergie; Windenergie etc., an zweiter Stelle umweltfreundliche neue Kohletechnologien und an dritter Stelle die Kernenergie steht, und trifft diese Reihenfolge der Prioritäten bejahendenfalls auch generell für die Ausrichtung der Energiepolitik der Bundesregierung zu?

123. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung von Bundesminister Dr. Hauff, daß die Entscheidung bezüglich des Baues von Kernkraftwerken – abgesehen von den Prioritäten in den Unternehmensentscheidungen – ausschließlich Ländersache sei, und wie verträgt sich diese These der Länderverantwortlichkeit mit dem Prinzip der Auftragsverwaltung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

124. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Warum ist keine Antwort auf die Fragen erfolgt, ob das vom Parlamentarischen Staatssekretär Engholm in Lübeck Vorgebrachte auch die Auffassung der Bundesregierung ist (Frage B 100, Drucksache 8/2339) und ob nicht zumindest ein Teil seines Referats im Widerspruch zu den bisherigen Äußerungen der Bundesregierung steht (Frage B 101, Drucksache 8/2339)?

125. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Deckt sich das vom Parlamentarischen Staatssekretär Engholm am 25. November 1978 vor der DAG in Lübeck gehaltene Referat (siehe Antwort zu den Fragen B 100 bis B 102, Drucksache 8/2339) bei der Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen vollinhaltlich mit den Vorstellungen des Bundeswirtschaftsministers, und wenn ja, ist hier ein Sinneswandel eingetreten, da bisher zu den in Lübeck angesprochenen Problemen – wie zum Beispiel Einführung von Strukturräten, keine ausreichende Belebung der Wirtschaft durch Konjunkturprogramme und Steuererleichterungen, 35-Stunden-Woche – andere Auffassungen des Bundeswirtschaftsministers bekannt geworden sind?

126. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hat der Parlamentarische Staatssekretär Engholm am 25. November 1978 vor der DAG in Lübeck zu der Forderung der IG-Metall auf Einstieg in die 35-Stunden-Woche in der Stahlindustrie eine wertende Stellungnahme abgegeben, und wenn ja, wie war die Wertung?

127. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Wie alt sind deutsche Hochschulabsolventen, wenn sie ins Berufsleben eintreten, und wie ist die Situation von Absolventen vergleichbarer Länder?

128. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesminister Dr. Schmude, der auf einer Tagung der Vertrauensdozenten der Friedrich-Ebert-Stiftung am 1. Dezember in Bonn erklärt hat, daß die Forschungskapazitäten der Hochschule bisher in viel größerem Umfang der Wirtschaft und den Arbeitgebern als den Arbeitnehmern zugutegekommen sind?

129. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Welche Forschungsberichte und Forschungsvorhaben an deutschen Hochschulen, und welche aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Forschungsvorhaben dienen nach Auffassung der Bundesregierung den Interessen der Wirtschaft und der Arbeitgeber, nicht aber den Interessen der Arbeitnehmer?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

130. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Erwartet die Bundesregierung im Haushaltsjahr 1978 im Einzelplan 23 erneute Minderausgaben, und wenn ja, in welcher Höhe und aus welchem Grund?

131. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Werden die Einnahmeausfälle, die durch die von der Bundesregierung beschlossene Entwicklungshilfe für die ärmsten Entwicklungsländer (LLDCs) entstehen, dem Einzelplan 23 angerechnet, nachdem die Bundesregierung ausdrücklich erklärte, daß der Schuldenerlaß der Erhöhung der Leistung den Entwicklungsländern zugutekommen soll?

132. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Welchen grundsätzlichen Stellenwert haben nach Ansicht der Bundesregierung Hilfen im Bereich des Gesundheitswesens für die Staaten der Dritten Welt, und welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung zur Entwicklung und Stärkung eines eigenständigen Gesundheitswesens in den Entwicklungsländern?

133. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Mit welchen Staaten der Dritten Welt bestehen bereits Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, und welche sind die bevorzugten Kooperationsthemen innerhalb dieses Abkommens, bzw. wie wird diese Kooperation durchgeführt und koordiniert?

Bonn, den 8. Dezember 1978